

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. Oktober 1991

am Donnerstag, dem 17. Oktober 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	71	Klemmer, Siegrun (SPD)	30, 31
Bartsch, Holger (SPD)	21, 22	Kolbe, Regina (SPD)	27
Braband, Jutta (PDS/Linke Liste)	32, 33	Kuhlwein, Eckart (SPD)	54, 55
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	39, 52	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	9, 18
Caspers-Merk, Marion (SPD)	50, 51	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	25, 26
Dr. Eckardt, Peter (SPD)	62, 63	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	12, 13
Erler, Gernot (SPD)	69, 70	Müller, Christian (Zittau) (SPD)	28, 29
Fischer, Evelin (Gräfenhainichen) (SPD)	58, 59	Odendahl, Doris (SPD)	56, 57
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	11, 43	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	44, 45
Fuhrmann, Arne (SPD)	10, 40	Peter, Horst (Kassel) (SPD)	5, 53
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	16, 17	Dr. Pick, Eckhart (SPD)	14, 15
Hampel, Manfred (SPD)	23, 24	Rixe, Günter (SPD)	60, 61
Hilsberg, Stephan (SPD)	66, 67	Tappe, Joachim (SPD)	6, 7
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	48, 49	Terborg, Margitta (SPD)	36, 37
Jäger, Claus (CDU/CSU)	68	Vergin, Siegfried (SPD)	64, 65
Jaunich, Horst (SPD)	34, 35	Wallow, Hans (SPD)	8, 38
Dr. Jens, Uwe (SPD)	19, 20	Wiefelspütz, Dieter (SPD)	3, 4
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	46, 47	Wittmann, Simon (Tännenberg) (CDU/CSU)	1, 2
Kirschner, Klaus (SPD)	41, 42		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|---|---|
| <p>1. Abgeordneter
Simon
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)</p> | <p>Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Einführung von pflanzenölverträglichen Motoren zu fördern oder ein flächendeckendes Tankstellennetz für Biodiesel bzw. Biosprit wie in Österreich zu schaffen?</p> |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|---|
| <p>2. Abgeordneter
Simon
Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)</p> | <p>Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Umstellung der Verpackungsindustrie auf kompostierbare Materialien aus pflanzlichen Stoffen (Stärke, Zucker, Faserstoffe) zu einer wesentlichen Entlastung des Verpackungsmüllaufkommens führen würde, und welche Möglichkeiten sieht sie, dies durch entsprechende Verordnungen durchzusetzen?</p> |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| <p>3. Abgeordneter
Dieter
Wiefelspütz
(SPD)</p> | <p>Wie viele Asylbewerber oder Ausländer sind seit dem 15. September 1991 durch Straftaten zu Tode gekommen?</p> |
| <p>4. Abgeordneter
Dieter
Wiefelspütz
(SPD)</p> | <p>Wie viele Asylbewerber oder Ausländer haben seit 15. September 1991 durch Straftaten Verletzungen erlitten?</p> |

- | | |
|--|---|
| 5. Abgeordneter
Horst
Peter
(Kassel)
(SPD) | Welchen Beitrag wird die Bundesregierung zur Verbesserung der Sicherheitslage von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften leisten? |
| 6. Abgeordneter
Joachim
Tappe
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdungslage von Asylbewerbern in Deutschland, insbesondere in Gemeinschaftsunterkünften? |
| 7. Abgeordneter
Joachim
Tappe
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, den Schutz von Gemeinschaftsunterkünften in den Auftrag des Bundesgrenzschutzes einzubeziehen? |
| 8. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Was sind nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen für den zunehmenden Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland? |
| 9. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Inwieweit ist die Bundesregierung darüber informiert, daß die Gehälter der kommunalen Mitarbeiter in den neuen Bundesländern dramatisch, letztmals im Juni 1991, auf ein Niveau angehoben wurden, das in den meisten Fällen die bestehende Qualifikation bei weitem übersteigt, und ist die Bundesregierung angesichts der überaus angespannten Haushaltslage bereit, Konsequenzen zu ziehen, zumal diese Art „Selbstbedienung“ zu großer Verärgerung und Verbitterung in der Bevölkerung geführt hat? |
| 10. Abgeordneter
Arne
Fuhrmann
(SPD) | Wurde bei der Erstellung des Berichtes „Organisation des Bundesgrenzschutzes“ (PII 1-630 114-3/7 vom 20. September 1991) von der durch den Bundesminister des Innern eingesetzten Arbeitsgruppe berücksichtigt, daß es im Standort Lüneburg im Bereich der Bundeswehr durch die Reduzierung von 2000 Soldaten und einer entsprechenden Anzahl von Zivilbeschäftigten zu erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Härtefällen kommt, und damit der Wegfall von Dienst- und Arbeitsplätzen von zusätzlich 560 Polizeivollzugsbeamten und 90 Zivilangestellten für die Betroffenen und den Standort Lüneburg zu sozial unverträglichen Zuständen führt? |
| 11. Abgeordneter
Hans-Joachim
Fuchtel
(CDU/CSU) | Wieso ist es nicht möglich, für die neu benötigten Stellen zum Ausbau des Bundesvermögensamtes und der „GAUCK-Behörde“ Mitarbeiter aus der Bundeswehr einzuarbeiten, deren Stellen bei der Bundeswehr abgebaut werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|--|--|
| 12. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD) | Gegen wie viele Personen sind seit dem 15. September 1991 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil gegen sie der Verdacht wegen Mordes bzw. versuchten Mordes oder Totschlags bzw. versuchten Totschlags gegen Asylbewerber oder Ausländer besteht? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer
(Ulm)
(SPD) | Ist davon auszugehen, daß die Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gegen Asylbewerber oder Ausländer beschleunigt betrieben werden? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Eckhart Pick
(SPD) | Gegen wie viele Personen sind seit dem 15. September 1991 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil gegen sie der Verdacht besteht, Straftaten gegen Asylbewerber oder Ausländer begangen zu haben? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Eckhart Pick
(SPD) | Gegen wie viele Personen sind seit dem 15. September 1991 Haftbefehle erlassen worden, weil gegen sie der dringende Verdacht besteht, Straftaten gegen Asylbewerber oder Ausländer begangen zu haben? |
| 16. Abgeordneter
Karl Hermann Haack
(Extertal)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß es Verbände gibt, die sich als gemeinnützig ausgeben und Abmahnungen im Bereich des Gesundheitswesens vornehmen, insbesondere mit dem Ziel, für bestimmte Anwälte Arbeit zu beschaffen (sogenannte Abmahnvereine)? |
| 17. Abgeordneter
Karl Hermann Haack
(Extertal)
(SPD) | Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit und Möglichkeit, hier über die Entziehung des Status der Gemeinnützigkeit regulierend einzugreifen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 18. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos) | Was wird die Bundesregierung gegen das maßlose Hochtreiben der Gehälter ehemaliger Wirtschaftsfunktionäre der früheren VEB in den neuen Bundesländern unternehmen, die zunehmend Grundlage für überhöhte Arbeitslosengelder und Renten sind? |
|--|--|

- | | |
|---|--|
| 19. Abgeordneter
Dr. Uwe Jens
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Treuhandanstalt, daß etwa 70% der Treuhandunternehmen sanierungsfähig sind? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Uwe Jens
(SPD) | Entspricht diese Zahl den vom Leitungsausschuß am 30. September 1991 in die Gruppen 1 bis 4 eingestuften Unternehmen? |
| 21. Abgeordneter
Holger Bartsch
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, der Treuhand ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um die Sanierung der als sanierungsfähig eingestuften Unternehmen zumindest über einen Zeitraum von drei Jahren zu ermöglichen? |
| 22. Abgeordneter
Holger Bartsch
(SPD) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Mittelbedarf dafür ein? |
| 23. Abgeordneter
Manfred Hampel
(SPD) | Zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Treuhand die Liquidation der 17,4 Prozent vom Leitungsausschuß der Treuhand in Gruppe 6 eingestuften Unternehmen? |
| 24. Abgeordneter
Manfred Hampel
(SPD) | In welchem Umfang haben die hierzu entsprechend der Vereinbarung vom 14. März 1991 vorgesehenen Abstimmungsgespräche mit den Ländern und den einzelnen Regionen bereits stattgefunden? |
| 25. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD) | Wie sieht die Einstufung der Unternehmen durch den Treuhand-Leitungsausschuß – getrennt nach den ostdeutschen Ländern – aus? |
| 26. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD) | Um wieviel Beschäftigte handelt es sich in den Unternehmen? |

27. Abgeordnete
**Regina
Kolbe**
(SPD)
- Treffen Presseberichte zu, daß die Treuhandanstalt in den neuen Ländern bei der Verpachtung von Grund und Boden unterschiedliche Praktiken verfolgt, so daß im Gegensatz zu entsprechenden Prioritätenfestlegungen westdeutsche Pächter im Hinblick auf die Flächen und die Dauer der Pachtverträge besser behandelt werden als ortsansässige Bauern, wenn ja, wie wird diese Praxis begründet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

28. Abgeordneter
**Christian
Müller**
(Zittau)
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine regionale Differenzierung des Förderinstrumentariums für private Investitionen – etwa Fortführung der 12%igen Investitionszulage über den 30. Juni 1991 – für arbeitsmarktpolitisch besonders benachteiligte ostdeutsche Regionen für zweckmäßig?
29. Abgeordneter
**Christian
Müller**
(Zittau)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die bisher überwiegend nur privatisierten Unternehmen zur Verfügung gestellten Fördermittel zur Erleichterung der Sanierungsanstrengungen auch Treuhandunternehmen zugänglich zu machen?
30. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, nicht sanierungsbedürftige Flächen und Immobilien der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut bzw. Flächen und Immobilien nach deren Sanierung den Gemeinden zu dem Preis zurückzuübertragen, zu dem diese seinerzeit diese Objekte hatten abtreten müssen, um so den unverzichtbaren Beitrag zum wirtschaftlichen Überleben dieser Gemeinden zu leisten?
31. Abgeordnete
**Siegrun
Klemmer**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung zu der Zusage bereit, daß im Zusammenhang mit der auf die Uranerzförderung durch die SDAG Wismut folgenden Sanierung ausschließlich solche belasteten Materialien, Böden etc. einer dortigen Endlagerung zugeführt werden, die durch die Tätigkeit der SDAG Wismut angefallen sind, und daß die dafür entstehenden Lagerstätten nicht als End- oder Zwischenlager für sonstige radioaktive Materialien oder Böden etc. aus der Bundesrepublik Deutschland oder dem Ausland genutzt werden?

- | | |
|--|---|
| 32. Abgeordnete
Jutta
Braband
(PDS/Linke Liste) | Wann soll das Wismut-Gesetz (Drucksache 12/939) nach den Vorstellungen der Bundesregierung verabschiedet werden? |
| 33. Abgeordnete
Jutta
Braband
(PDS/Linke Liste) | Wann wird das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Gutachten über die Sanierung der Wismut offengelegt? |
| 34. Abgeordneter
Horst
Jaunich
(SPD) | Ist die Meldung im „Stern“ Nr. 41 zutreffend, wonach der Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, „... sich von der Washingtoner Werbeagentur ‚Transatlantik Futures‘ eine 2,8 Mio. DM schwere Kampagne organisieren lassen hat“, und was war das Motiv hierfür? |
| 35. Abgeordneter
Horst
Jaunich
(SPD) | Aus welcher Haushaltsstelle wurde diese Kampagne finanziert, und wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolge dieser Kampagne? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 36. Abgeordnete
Margitta
Terborg
(SPD) | Welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium der Verteidigung über den Zwischenfall am 5. Oktober 1991 in Brake gewonnen, bei dem ein Zug Soldaten nach einer ausgedehnten Zechtour faschistische Parolen gegrölt und Jagd auf philippinische Matrosen gemacht hat, und wie beurteilt sie die zögerliche Bereitschaft der örtlichen Truppenführung zur Zusammenarbeit mit der Polizei? |
| 37. Abgeordnete
Margitta
Terborg
(SPD) | Haben ähnliche Übergriffe an anderen Standorten stattgefunden, und was unternimmt das Bundesministerium der Verteidigung, um ausländergefeindlichen Tendenzen in der Truppe entgegenzuwirken? |
| 38. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Aufgrund welcher Bedrohungsanalyse werden nach Beschluß der NATO in den rheinland-pfälzischen Basen Ramstein, Hahn und Büchel spezialgehärtete unterirdische Bunkerkammern für neue atomare Fallbomben und flugzeuggestützte Abstandsraketen gebaut? |

39. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Sorge, daß mit den seit kürzerer Zeit durchgeführten Tiefflügen in den Touristenzentren des Ostharzes – speziell im Bodetal – der sich gerade wieder zaghaft entwickelnde Fremdenverkehr in dieser Region nachhaltig beeinträchtigt werden könnte?
40. Abgeordneter
Arne Fuhrmann
(SPD)
- Wie wird von der Bundesregierung der vom Bundesminister der Verteidigung, Dr. Gerhard Stoltenberg, während einer CDU-Wahlkampfveranstaltung am 20. September 1991 in Scheeßel (Landkreis Rotenburg/Wümme) geprägte Begriff der „Ablösung“ des Soltau-Lüneburg-Abkommens definiert, nachdem noch Anfang September aus dem Ministerium verlautete, Mindestziel sei lediglich, Erleichterungen für Menschen und Umwelt zwischen Soltau und Lüneburg sowie mehr Mitspracherechte beim Soltau-Lüneburg-Abkommen festzuschreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

41. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über den Einsatz medizinischer Großgeräte nach dem SGB V vor?
42. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Regelungsbedarf für diesen Bereich, und wenn ja, welchen?
43. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Welche Gründe sind maßgeblich dafür, daß bis Ende 1991 die damaligen Zielvorstellungen bei Schaffung des Gesundheits-Reformgesetzes, die von einem Festbetragsanteil von ca. 80% des GKV-Umsatzes ausgegangen sind, nicht erreicht werden, und hält die Bundesregierung es für notwendig, die gesetzlichen Anforderungen und das Verfahren für das Zustandekommen von Festbeträgen zu verändern, wenn die Festsetzung vereinfacht und beschleunigt und der Anteil der Festbetrags-Arzneimittel maximal ausgeschöpft werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|--|---|
| 44. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Weshalb werden der taiwanesischen China Airlines die Verkehrsrechte auf deutschen Flughäfen verwehrt? |
| 45. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung, die mancherorts geforderte generelle Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für Radfahrer unter rechtlichen und Sicherheitsaspekten? |
| 46. Abgeordneter
Steffen Kampeter
(CDU/CSU) | Wann werden auf den InterRegio-Linien der Deutschen Bundesbahn nicht mehr alte D-Zug-Wagen, sondern moderne InterRegio-Wagen verkehren? |
| 47. Abgeordneter
Steffen Kampeter
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die mittel- bzw. langfristige Aufwertung der InterRegio-Linie 16 zu einer EuroCity-Linie Amsterdam/Rotterdam – Berlin? |
| 48. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Treffen Meldungen zu, daß die Rhein-Main-Donau AG 1700 Autobahnkilometer und 600 Brücken in den neuen Bundesländern privatwirtschaftlich finanzieren wird? |
| 49. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU) | Treffen Meldungen zu, daß das Modell der Fernstraßenbaugesellschaft Deutsche Einheit „DEGES“ auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnt werden soll? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

- | | |
|--|---|
| 50. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Bundespost TELEKOM sich konkret mit der Absicht trägt, schrittweise das bisher benutzte Recyclingpapier für Briefverkehr und Formulare gegen lediglich chlorfrei gebleichtes Papier auszutauschen, und hält die Bundesregierung – auch angesichts angekündigter Verordnungen zur Senkung der Papierabfallquote wie z. B. der Druckerzeugnisseverordnung – die Entscheidung der TELEKOM unter Umweltgesichtspunkten für vertretbar? |
|--|---|

51. Abgeordnete
**Marion
Caspers-Merk**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr einer negativen umweltpolitischen Signalwirkung durch die Absicht der TELEKOM, und welche Schritte ist sie bereit zu unternehmen, um die Entscheidung rückgängig zu machen?
52. Abgeordneter
**Dr. Eberhard
Brecht**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die derzeit miserable Qualität der Telefonauskunft in den neuen Bundesländern eine zusätzliche Erschwernis für Firmenneugründer bzw. Investoren dort darstellt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diesem Mißstand so schnell wie möglich abzuhelpfen?
53. Abgeordneter
**Horst
Peter
(Kassel)**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, mit der Einrichtung von Rufanlagen zu Polizeistationen durch die Deutsche Bundespost als technische Hilfe zur Verbesserung der Sicherheitslage in Gemeinschaftsunterkünften beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

54. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Wie hoch war die Zahl der weiblichen und der männlichen Ratsuchenden und der Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz in den neuen Ländern bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. September 1991, und wie viele Bewerberinnen und Bewerber sind noch nicht vermittelt?
55. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)
- Wie viele Bewerberinnen und wie viele Bewerber wurden bis zum 1. September 1991 in den fünf neuen Ländern und in den neuen Ländern insgesamt in eine betriebliche bzw. außerbetriebliche Ausbildung vermittelt, und wie viele sind noch unversorgt?
56. Abgeordnete
**Doris
Odendahl**
(SPD)
- Wie viele betriebliche bzw. außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen, die den Arbeitsämtern in den neuen Ländern bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 1991/92 gemeldet wurden, sind noch nicht besetzt?

57. Abgeordnete
Doris Odendahl
(SPD)
- Wie viele betriebliche Berufsausbildungsstellen und wie viele Plätze in außer- oder überbetrieblichen Einrichtungen sind den Arbeitsämtern in den neuen Ländern bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. September 1991 gemeldet worden?
58. Abgeordnete
Evelin Fischer
(Gräfenhainichen)
(SPD)
- Für wie viele betriebliche Berufsausbildungsstellen in den neuen Ländern wurde bisher eine „Lehrstellenhilfe“ beantragt bzw. bewilligt, und hat die Bundesregierung geprüft, wie viele Plätze ohne diese Hilfe nicht angeboten worden wären?
59. Abgeordnete
Evelin Fischer
(Gräfenhainichen)
(SPD)
- In welchem Umfang haben die neuen Länder selbst zusätzliche Fördermaßnahmen zur Sicherung eines ausreichenden betrieblichen Ausbildungsangebots und schulischer Ausbildungsmöglichkeiten aufgelegt, und wie beurteilt die Bundesregierung ihre eigenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbilderqualifikation und zur Modernisierung von Ausbildungsstätten im Hinblick auf den Bedarf in den neuen Ländern?
60. Abgeordneter
Günter Rixe
(SPD)
- Für wie viele Berufsausbildungsstellen in außer- bzw. überbetrieblichen Einrichtungen gemäß § 40c Abs. 2 und 4 AFG sind bei den Arbeitsämtern in den neuen Ländern bis zum 1. September 1991 Anträge gestellt worden?
61. Abgeordneter
Günter Rixe
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Qualität des Angebots in außerbetrieblichen Ausbildungsstellen in den neuen Ländern im Hinblick auf die Versorgung aller Bewerberinnen und Bewerber um eine qualifizierte Ausbildung, im Hinblick auf die grundsätzliche Verantwortung der Wirtschaft für die Sicherung einer qualifizierten Ausbildung und im Hinblick auf die längerfristige Struktur der Ausbildung im „dualen System“?
62. Abgeordneter
Dr. Peter Eckardt
(SPD)
- Wie viele Bewerberinnen und Bewerber aus den neuen Ländern erhielten bis zum 1. September 1991 einen Ausbildungsplatz in den alten Ländern?
63. Abgeordneter
Dr. Peter Eckardt
(SPD)
- Wie viele Bewerberinnen und Bewerber sind im Berichtszeitraum 1990/91 bei den Arbeitsämtern in den neuen Ländern gemeldet worden, deren Ausbildungsvertrag gelöst wurde, und wie viele wurden in eine neue betriebliche Berufsausbildungsstätte, in eine überbetriebliche Einrichtung, in berufsvorbereitende Maßnahmen vermittelt, besuchen eine Schule bzw. sind noch nicht vermittelt?

64. Abgeordneter
Siegfried Vergin
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die voraussichtliche Entwicklung der Nachfrage nach einer Berufsausbildung in den neuen Ländern im Jahre 1992, und welchen Einfluß mißt sie dabei Veränderungen der Schulstruktur in den einzelnen neuen Ländern bei?
65. Abgeordneter
Siegfried Vergin
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die voraussichtliche Entwicklung des betrieblichen Angebots an Berufsausbildungsstellen in den neuen Ländern im Jahre 1992, auch hinsichtlich der regionalen Verteilung und der voraussichtlichen Berufsstruktur?
66. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Aussichten für einen wirtschaftlichen Erneuerungsprozeß im Handwerk, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen und Landwirtschaft in den neuen Ländern im Jahre 1992 ein, und welche Auswirkungen wird dies voraussichtlich auf die Entwicklung des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots haben?
67. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um im Jahre 1992 für einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu sorgen, der einerseits den Berufswünschen der Jugendlichen, andererseits den wirtschaftlichen Erfordernissen in den neuen Ländern gerecht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

68. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Ist durch die Erklärung des französischen Außenministers Dumas über die Beendigung der Existenz eines Bundesstaates Jugoslawien nach Auffassung der Bundesregierung eine neue politische Lage in bezug auf die Frage der diplomatischen Anerkennung der Republiken Slowenien und Kroatien entstanden, und zu welchen Schritten sieht sich die Bundesregierung dadurch veranlaßt?
69. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie viele ausländische Stipendiaten, die noch auf Einladung der Deutschen Demokratischen Republik nach Deutschland gekommen sind, gab es am 1. Januar 1990, und wie viele von ihnen halten sich heute noch in der Bundesrepublik Deutschland auf?

**70. Abgeordneter
Gernot
Erlor
(SPD)**

In welcher Höhe erhalten diese ausländischen Stipendiaten seit der Vereinigung Stipendien, oder auf welche andere Weise sichern sie ihren Lebensunterhalt?

**71. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU)**

Welche Konsequenzen bezüglich der von Frankreich beabsichtigten Einlagerung der Hades-Kurzstreckenraketen zieht das Auswärtige Amt aus der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten, die in Europa stationierten atomaren Kurzstreckenwaffen in den nächsten Jahren abziehen?

Bonn, den 11. Oktober 1991

